



**Denkt Ihr Auto mit?**  
 Bis zu 50% weniger schwere Unfälle  
 dank Fahrer-Assistenz-Systemen.

www.Auto-IQ.ch



STIFTUNG FÜR PRÄVENTION

Startseite

TagesAnzeiger

SCHWEIZ

Aboservice · Marktplatz · Züritipp · Wetter: ☀

ZÜRICH SCHWEIZ AUSLAND WIRTSCHAFT BÖRSE SPORT KULTUR PANORAMA WISSEN LEBEN DIGITAL AUTO

Bildstreifen

Suche

**Jetzt weiterbilden!**  
 - Sprachen  
 - Handel  
 - Kader  
 - Medizin



- Sprachschule
- Handelsschule
- Kaderschule
- Informatikschule
- Medizin & Gesundheit
- BA/MBA Lehrgänge

**Benedict**  
 www.benedict.ch

## Professor: «Der Bundesrat handelt rechtsstaatlich fragwürdig»

Interview: David Vonplon; Aktualisiert am 13.08.2009 9 Kommentare

Drucken Mailen

**Die SVP erhält unerwartete Schützenhilfe: Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz verlangt, das Volk müsse über alle Doppelbesteuerungsabkommen abstimmen können. Das Vorgehen des Bundesrats hält er allenfalls gar für verfassungswidrig.**



«Ja, der Rechtsstaat ist in der Krise»: Professor Peter V. Kunz von der Universität Bern.

Links

[Aufsatz zur DBA-Problematik von Prof. Kunz im Jusletter](#)

Artikel zum Thema

[Merz fürchtet emotionsgeladene Abstimmung über Steuerabkommen](#)

Zur Person

Peter V. Kunz ist ordentlicher **Professor für Wirtschaftsrecht** und für Rechtsvergleichung an der **Universität Bern**, geschäftsführender **Direktor des Instituts für Wirtschaftsrecht** sowie **Leiter des Departements für Wirtschaftsrecht**. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im schweizerischen und internationalen Finanzmarktrecht. Kunz hat vor Kurzem in einem Aufsatz in der Fachpublikation «Jusletter» erläutert, weshalb er der Auffassung ist, dass alle DBA dem fakultativen Referendum zu unterstellen sind.

**Herr Kunz, der Bundesrat will nur das erste der zwölf neu ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) dem fakultativen Referendum unterstellen. Hat der Bundesrat dafür eine Rechtsgrundlage?**

Nach meiner Einschätzung: Nein – er betritt hier Neuland. Sein Vorgehen ist rechtsstaatlich fragwürdig und allenfalls sogar verfassungswidrig. Ein DBA gilt – ähnlich wie etwa eine Steuerveranlagung oder eine Baubewilligung – nur für die konkret Betroffenen, kann also nicht generalisiert werden. Für eine «Allgemeingültigkeit» eines DBA wäre die sauberste Lösung deshalb, wenn man ein Rahmengesetz verabschiedet oder ein Musterabkommen ins Schweizer Recht übertragen würde. Dieser Bundesbeschluss würde dann in jedem Fall dem fakultativen Referendum unterstellt.

**Weshalb favorisiert der Bundesrat trotzdem die unsaubere Lösung?**

Ich vermute, dass man ein Abkommen, das nicht umstritten ist, dem Referendum unterstellen will. Damit kauft man dann sozusagen die heissen Eisen wie die DBA mit Deutschland oder den USA billiger ein. Zugleich spielt aber auch der Zeitfaktor eine Rolle: Dem Bundesrat pressiert es aus guten Gründen. Würde er mit einem Rahmengesetz die ganze Gesetzgebungsmaschinerie durchlaufen müssen, verzögerte das die Angelegenheit. Aus pragmatischer Sicht mag diese Haltung nachvollziehbar sein. Unverständlich bleibt aber, dass der Bundesrat nicht bereits vor eine halben Jahr vorwärts gemacht hat. Schon damals –

spätestens seit März 2009 – hat sich die heutige Situation abgezeichnet.

**Sie werfen den Bundesrat also auch in dieser Angelegenheit mangelnde Voraussicht vor?**

Ich bin kein Kritiker der Politik. Es ist für mich aber schon ein weiterer Beleg dafür, dass unsere Regierung gelegentlich rechtsstaatlich bedenklich arbeitet; dieselbe juristische

Schweiz

- 09:34 Iran: Bericht über Schliessung von Oppositionszeitung
- 08:09 Organspende: «Sparpotenzial von einer Milliarde»
- 06:39 Warum ein EU-Beitritt derzeit kein Thema ist
- 04:00 Was Kinder alles beherrschen sollten
- 04:00 Die Schweiz verliert eine wichtige Freundin
- 20:45 Bundesratswahl: Halbkandidat Pelli erinnert SP an die Spielregeln und droht

Meistgelesen in der Rubrik Schweiz

- 1 [Bankkarten-Betrüger manipulieren immer mehr Bancomaten](#)
- 2 [Die Schweiz verliert eine wichtige Freundin](#)
- 3 [Warum ein EU-Beitritt derzeit kein Thema ist](#)
- 4 [Was Kinder alles beherrschen sollten](#)
- 5 [Bundesratswahl: Halbkandidat Pelli erinnert SP an die Spielregeln und droht](#)
- 6 [«Menschenrechte auch für Zwitter»](#)

Die Top-Themen im **MAMA BLOG**

- Bier formte diesen wunderbaren Körper**  
 Wenn er mit der Mode auf Kriegsfuss steht – so scheusslich ziehen sich Väter an.
- Der Zeugungsstreik**  
 Alles Schlappschwänze? Wenn der Mann seiner Partnerin kein Kind schenken will.
- Wir spielen Heidi Klum**  
 Was tun, wenn das Töchterchen die Geburtstagsparty als Model-Casting inszeniert?
- Papa auf dem Damen-Klo**  
 Darf ein Vater mit seiner Tochter aufs Frauen-WC? Mmhhh..., kommt ganz drauf an!

**MAMA BLOG**

- Baby, it's a wild world!**  
 Mit einem Kind beginnt eine ziemlich aufregende Zeit -

Kritik kann jedoch ebenfalls teils gegen das Parlament und gewisse Behörden vorgebracht werden. Als die Finanzmarktaufsicht (Finma) knapp 300 UBS-Bankkundendaten herausgegeben hat, hätte man ein Notfallszenario vorbereiten müssen zur Frage, wie die Erweiterung der Amtshilfe in Schweizer Recht zu verankern sei. Weshalb der Bundesrat dies anscheinend nicht getan hat, weiss ich nicht.

### **SP und SVP haben bereits Widerstand gegen das Vorgehen des Bundesrats angekündigt.**

Ja. Und sie werden sich auf gute juristische Argumente abstützen können; auch wenn es mir nicht darum geht, irgendeine Partei zu unterstützen. Das Parlament hat aber nicht nur eine politische, sondern auch eine Wächterfunktion. Und es muss sie wahrnehmen, auch wenn sich die Schweiz gegenüber dem Ausland in einer Igelposition befindet. Parlament und Regierung müssen sich bewusst sein, dass man hier über wichtige Prinzipienfragen entscheidet. Es gab in den vergangenen zwei Jahren schliesslich bereits genug Sonderfälle.

### **Sind die Herausgabe von Bankkundendaten an die USA, die häufige Anwendung des Notrechts oder auch widerrechtliche Vernichtung der Tinner-Akten Beleg dafür, dass der Rechtsstaat heute zu wenig respektiert wird?**

Mein Eindruck ist in der Tat, dass die Behörden heute allzu leichtfertig mit der Gewaltenteilung und dem «Notrecht» umgehen. Der Bundesrat hat sich mehrfach in Themenbereiche der Judikative eingemischt; etwa im Umgang mit den Tinner-Akten, aber vermutlich auch bei der Herausgabe der Bankkundendaten. Dabei müsste sich doch jede Staatsgewalt auf ihre ureigene Aufgabe beschränken und nicht, wenn es einmal brennt, andere staatliche Interessen anrufen.

### **Ist der Rechtsstaat in der Krise?**

Ja. Das hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die Behörden in Krisensituationen in mehreren Fällen amateurhaft reagiert haben. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich will damit nicht sagen, die Entscheidungsträger seien schlecht oder dumm, oder dass ich besser reagiert hätte. Ein Finma-Mitglied muss jedoch auch einmal standfest bleiben, wenn es stürmisch zu und her geht.

### **Die Schweiz stand gerade im Steuerstreit unter massivem Druck.**

Das schon. Mein Eindruck ist aber, dass die Behördenpraxis in den letzten zwei, drei Jahren opportunistisch wurde. Man geht gerne den Weg des geringsten Widerstands. Ein Beispiel, wo man es aus rechtsstaatlicher Sicht jetzt einmal richtig machen könnte, wären die DBA. Dies zeichnet sich aber nicht ab.

### **Sie üben scharfe Kritik an den Behörden und am Bundesrat: Es gibt aber politische und wirtschaftliche Begehrlichkeiten, die keinen Aufschub dulden. Hat sich nicht auch gezeigt, dass die Mühlen unseres Rechtsstaates zu langsam mahlen?**

Teils haben Sie recht. Unser Rechtsstaat ist aber genau - und Genauigkeit braucht Zeit. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind nicht immer leicht, aber sie gehören zu unseren Kernkompetenzen in der Schweiz. Unsere Behörden müssen sich dem Ausland erklären, wenn sie in Zeitnot geraten. Aus Angst vor Schreckensszenarien werden aber oft merkwürdige Entscheide gefällt.

### **Wenn der Bundesrat jedes DBA dem fakultativen Referendum unterstellt, droht dann nicht eine Flut von Volksabstimmungen?**

Nein. Ich bin überzeugt, dass kein fakultatives Referendum ergriffen würde - auch nicht im Falle der USA oder Deutschlands. Schliesslich geht es hier nicht ums Bankkundengeheimnis, das die Schweizer Bürger schützt. Sondern vermutlich in den meisten Fällen um Steuerflüchtlinge; und diese verfügen nicht über eine genügend grosse Lobby. Der Rechtsstaat würde sich also problemlos durchsetzen, aber die Angst der Behörden verhindert, dass er es überhaupt kann.

(Tagesanzeiger.ch/Newsnetz)

Erstellt: 13.08.2009, 08:59 Uhr

eine Frau zieht Bilanz über ihre ersten zehn Jahre Mutterschaft.

#### **Wer soll neuer Bundesrat werden?**



Welcher Politiker soll Pascal Couchepin im Bundesrat ersetzen? Muss es wieder ein lateinischer Romand sein? Oder soll die CVP ihren zweiten Sitz zurückgewinnen?  
[Bildstrecke der möglichen Kandidaten](#)

FRAUEN KÜSSEN ANDERS

PROMOTION



[ElitePartner.ch erklärt die Ansichten der Geschlechter in Bezug auf das „Lippenbekenntnis“.](#)

#### **Der Blog von Hugo Stamm**



##### **Wenn der Glaube krank macht**

Oft ist es nötig, Glaubensleben und Alltag zu trennen. Wer bei der Bewältigung der Existenz permanent Glaubensgrundsätzen nachleben will, kann sich schwer wiegende Probleme schaffen.

## KOMMENTAR SCHREIBEN

Vorname\*  Name\*   
 PLZ\*  Wohnort\*   Ausland  
 E-Mail-Adresse\*

Verbleibende Anzahl Zeichen: 400

Mit dem Absenden des Kommentars erklärt sich der Leser mit nachfolgenden Bedingungen einverstanden: Die Redaktion behält sich vor, Kommentare nicht zu publizieren. Dies gilt insbesondere für ehrverletzende, rassistische, unsachliche, themenfremde Kommentare oder solche in Mundart oder Fremdsprachen. Kommentare mit Fantasienamen oder mit ganz offensichtlich falschen Namen werden ebenfalls nicht veröffentlicht. Über die Entscheide der Redaktion wird keine Korrespondenz geführt. Telefonische Auskünfte werden keine erteilt.

Kommentar senden

## 9 KOMMENTARE

- Daniel Bär**  
 13.08.2009, 17:02 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- @ Thomas Dingeldein: Sie nehmen mir die Worte aus dem Mund! Immer schön lächeln und zu allem ja und Amen sagen lautet die Devise von unserer derzeitigen Regierung. Eins noch: Der Bundesrat ist ein Vertreter der Bürger und die Bürger sind WIR. Aber SchweizerInnen ihr könnt etwas dagegen unternehmen: Wählt bei den nächsten Wahlen alle die SVP, damit wir denen mal zeigen, wer dieses Land regiert!
- Albert Zimmermann**  
 13.08.2009, 14:36 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- Wieviel der Ruf der Schweiz international noch wert ist, zeigen die Attacken der Ghadafi Saudis Kolumbien Israels OECD G 8 G20 EU und Peitschenknaller , und nicht alle verschwinden nach dem 27.September in der Brüsseler Versenkung, solange aber Schweizer noch immer im Koma durch die heile Welt schweben und meist profitiert, werden in Bern Verfassung und Volksrechte geritzt und ausgeschaltet.
- Mario Salomon**  
 13.08.2009, 13:57 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- Solange man den BR nach seinem Aussehen / Lächeln bewertet kommen wir nicht vom Fleck. z.B. Fr.Leuthard mit ihren Freihandelsabkommen Wahn, welches ein Grossteil unserer Landwirtschaft kaputt machen wird, oder Fr.BR CMR&fast alle anderen mit ihrer Migrationspolitik die in eine Schweiz führt welche die Umwelt immer mehr belastet.Gerade als Insel geht es uns gut,alles ander ist das Ende der Schweiz
- Walter Kunz**  
 13.08.2009, 11:46 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- @Bruno Waldvogel, Martha Meister, Thomas Dingeldein kann ich nur zustimmen. Es ist traurig feststellen zu müssen das uns Bürgern, von der eigenen Regierung langsam aber sicher, der Boden unter den Füßen weggezogen wird.
- Bruno Froehlich**  
 13.08.2009, 11:35 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- "Die Schweiz steht immer mehr allein", kann man nachlesen im Tagi, wie es ist auf der Insel CH. Was jetzt abgeht gehoert ins Stammbuch der Kritiker der Weitsicht eines Jakob Kellenberger. Der BR versucht mit allen Tricks nicht zu kentern in den stuermischen internationalen Gewaessern und kapt die demokratische Mitspracheleine. Als Gegner der SVP muss ich ihr darin Recht geben.; BR s o nicht !
- Andreas Moser**  
 13.08.2009, 10:55 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- Die Macht im Staat haben die Banken, insbesondere die Nationalbank. Wer das Geld herausgibt, kontrolliert und befiehlt.
- Bruno Waldvogel**  
 13.08.2009, 10:41 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- Der Bundesrat handelt nicht nur in diesem Dossier rechtswidrig. Er tut es seit Jahren ungeniert in den verschiedensten Bereichen. Eklatant sind die Missstände rund um Abstimmungen, Meinungsbildung und der Einsatz von "Spin doctors". Es wäre in der Tat höchste Zeit, dass man ihm auf die Finger klopft. Aber vermutlich gibts wieder genügend Tricks, um die Rechte des Souveräns auszubooten.
- Martha Meister**  
 13.08.2009, 10:07 Uhr  
[Kommentar melden](#)
- Der Rechtsstaat wird von den Politikern ausgehöhlt. Dass die Mehrheit unserer Bundespolitiker Juristen sind, macht das Ganze noch viel bedenklicher. Juristische Urteil für den kleinen Mann ziehen sich oft unsinnig über viele Jahre hin, ruinieren ihn gerade deswegen, aber da gibt

Thomas Dingeldein  
13.08.2009, 09:48 Uhr  
[Kommentar melden](#)

es kein Dringlichkeitseinsehen.

Der Bundesrat und vor allem unsere strahlende Aussenministerin sind unfähig, im Ausland unsere direkt-demokratischen Prozesse zu erklären und auch zu verteidigen. Und die meisten Bürger dieses Landes haben keine Ahnung, was für sie dabei auf dem Spiel steht, wenn sie hier weiterhin tatenlos zuschauen.

#### GOOGLE-ANZEIGEN

##### **Firmengründung Weltweit**

Geringe Steuern und Anonymität Bahamas, Schweiz, England, HongKong  
[www.arkanum-group.com](http://www.arkanum-group.com)

##### **Traumvilla kaufen Bern**

Familienfreundlich, zentral, Region Bern, modern, 10,5 Zimmer, Schweiz  
[www.villa-muensingen.com](http://www.villa-muensingen.com)

---

**Ressorts:** [Zürich](#) · [Schweiz](#) · [Ausland](#) · [Wirtschaft](#) · [Börse](#) · [Sport](#) · [Kultur](#) · [Panorama](#) · [Wissen](#) · [Leben](#) · [Digital](#) · [Auto](#)

**Marktplatz:** [Stellen](#) · [Immobilien](#) · [Partnersuche](#) · [Weiterbildung](#) · [Kooperationen](#) · [ePaper Stellenmarkt](#)

**Dienste:** [Suche](#) · [RSS](#) · [Newsletter](#) · [Wetter](#)

**Tages-Anzeiger:** [Aboservice](#) · [Carte Blanche](#) · [ePaper](#) · [ePaper «News»](#) · [Zeitungsarchiv](#) · [Regionalausgaben](#) · [Inserieren](#) · [Mediadaten](#) · [Kontakt](#) · [Impressum](#) · [Disclaimer](#)

---

**Partner-Websites:** [20min.ch](#) · [Kadermarkt](#) · [annabelle.ch](#) · [automobilrevue.ch](#) · [bernerzeitung.ch](#) · [dasmagazin.ch](#) · [derbund.ch](#) · [eload24.com](#) · [facts.ch](#) · [fuw.ch](#) · [Immobilien](#) · [Stellen](#) · [lessentiel.lu](#) · [motosport.ch](#) · [motosportsuisse.ch](#) · [newsprint.ch](#) · [Partnersuche](#) · [Gratis-Inserate](#) · [radio24.ch](#) · [ratschlag24.com](#) · [revueautomobile.ch](#) · [schweizerfamilie.ch](#) · [sonntagszeitung.ch](#) · [tagesanzeiger.ch](#) · [tamedia-stellenmarkt.ch](#) · [telezueri.ch](#) · [thurgauerzeitung.ch](#) · [zueritipp.ch](#)

© Tamedia AG 2009 Alle Rechte vorbehalten